

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

## Ist Wohlstand für alle möglich?

Es wächst hienieden Brot genug  
Für alle Menschenkinder . . .

Der Sozialismus erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem Wohlstand für alle höchstes Gesetz der Staatskunst sein muß. Es ist noch nicht lange her, daß dieser Grundsatz in der „feinen Gesellschaft“ allgmein als Utopie verschrien war. Diese Periode ist endlich überwunden und der neue Zeitgeist hat einen berechneten Ausdruck in der deutschen Reichsverfassung gefunden. Aus diesem Grunde ist es auch müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Gesellschaft auch stets einen gedeckten Tisch für alle hat. Allerdings finden wir heute trotz des Ueberflusses, der sich überall zeigt, krasseste Armut und Elend. Die Not weiter Teile der Völker durchzittert die Erde und bildet die Grundlage der Klassenkämpfe unserer Tage. Und doch hat auch das Bevölkerungsproblem stets die besten Köpfe des Sozialismus beschäftigt, das ist auch der Grund, weshalb wir uns heute mit einem Vortrag beschäftigen wollen, den der englische Gelehrte Sir Daniel Hall dieser Tage in einem überfüllten Saale vor den Vertretern der englischen Wissenschaft hielt. Nach Sir Daniel Hall nähert sich die ganze Welt der Hungerlinie, steht die Menschheit vor der Gefahr einer internationalen Hungersnot. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Worte des englischen Gelehrten in der Versammlung der hervorragenden Wissenschaftler einen tiefen Eindruck hinterließen.

Nach Sir Daniel Hall steht die weiße Masse der Erde vor folgendem Problem: Die jährliche Bevölkerungsvermehrung (der weißen Masse) beträgt 5 Millionen. Nach den Berechnungen des Gelehrten braucht der Mensch zu einem menschenwürdigen Dasein pro Jahr wenigstens die Produkte von 2½ Morgen Land. In der Tat hat dieses Verhältnis in der Zeit von 1870 bis 1920 auch zwischen Volksvermehrung und Grund und Boden bestanden. Seit jener Zeit hat sich aber die weiße Masse um 225 Millionen vermehrt und andererseits sind 450 Millionen mehr Morgen Land der Kultivierung übergeben worden. Nun sind aber Anzeichen da, die besagen, daß der vorhandene Grund und Boden immer weniger wird. Eine jährliche Bevölkerungsvermehrung von 5 Millionen verlangt auch jährlich einen Zuwachs von 12 Millionen Morgen Land. Nun kann unsere Erde diesen jährlichen Zuschuß an Land nicht liefern, während jedoch die Bevölkerung die Tendenz einer immer schnelleren Vermehrung aufweist. In keinem vorausgegangenen Jahrhundert habe eine so rapide Bevölkerungszunahme stattgefunden, wie im letzten. Allerdings sind die Gründe für diese Zunahme vor allem in den großen Entdeckungen und Erfindungen zu suchen, die vor etwa zweihundert Jahren einsetzten und besonders den Verkehr revolutionierten. Durch Eisenbahn und Kanäle wurde die Menschheit zu größerer Beweglichkeit gezwungen.

Was sind nun die Möglichkeiten zur Auffindung von neuem urbarzumachenden Grund und Boden in Europa? Es gibt immer noch große Flächen: Wälder, Sümpfe und Hügel, aber die Kosten der Urbarmachung an Kapital und Arbeit sind sehr groß und der zu erwartende Ertrag steht in gar keinem Verhältnis zu den aufgetragenen Anstrengungen. Sir Hall bezweifelt, ob Rußland — einstmals die Kornkammer Europas — seine frühere Lage jemals zurückerobern könne, selbst dann nicht, wenn es seine frühere Produktivkraft zurücklangt habe, da dort eine immer rapidere Zunahme der Bevölkerung stattfindet, die immer größere Ansprüche stellt.

In Amerika ist fast alles verfügbare Land in Angriff genommen, und wenn es auch eine Tatsache ist, daß in Kanada noch 12 000 Meilen unberührtes Land ist, so darf nicht vergessen werden, große Flächen sind auf Grund der Temperaturverhältnisse unkultivierbar. Unser Gelehrter hat nur ein Universalmittel, um der uns drohenden Hungersgefahr zu entkommen, und das ist: der Vegetarismus!

„Ist die Ernährung einer größtmöglichen Bevölkerungszahl auf einem bestimmten Flecken Land das Ziel,“ meinte Sir Hall, „so wird der Vegetarismus eine immer größere Notwendigkeit, wie das heute schon der Fall ist in Ländern mit dichter Bevölkerung, wie Indien und China.“ (!) Jedoch ist Sir Hall weitichtig genug, um zu erklären: „Unterlassen

kann ich es nicht, meinen Gefühlen dahingehend Ausdruck zu verleihen, wenn eine Rasse — nicht das Individuum — bloß zu dem Zweck zum Vegetarismus und Antialkoholismus übergeht, sich beliebig und ohne Ziel und Maß zu vermehren, so kann sie nur zum Sklaventypus nach Art der Arbeitsbienen gerechnet werden!“

Bei allem Pessimismus hat Sir Hall doch noch etwas Raum für Optimismus gelassen, als er auf das Gebiet der Intensivierung und Rationalisierung der Landwirtschaft zu sprechen kam. Es ist zweifellos, auf diesem Gebiete gibt es

**Kameraden! Die Internationale gewerkschaftliche Werbeweche vom 13. bis zum 19. September muß alle Verbandsmitglieder, vornehmlich aber die Bau- und Maschinendelegierten, auf dem Kosten finden. Keine Baustelle, kein Zimmerplatz darf von der Werbearbeit ausgenommen sein. Unorganisierte Zimmerer darf es fortan nicht mehr geben. Sie gehören in Reich' und Glied mit den Verbandsmitgliedern und müssen mit ihnen gemeinsam an dem Kampf für unsere Verbandsbestrebungen teilnehmen: Hinein in unseren Zentralverband!**

noch unberechenbare Möglichkeiten. Der Ackerbau befindet sich heute längst in derselben Lage wie die Industrie: Der Landwirt besitzt ebenso wie der Industrielle die Mittel, um die Produktion zu verdieren- oder gar zu verhundertfachen, und er könnte dieses mit dem Augenblick zur Wahrheit machen, wo er das Bedürfnis fühlte und zu einer gesellschaftlichen Organisation der Arbeit an Stelle der kapitalistischen Schritte.

Indessen ist das Bevölkerungsproblem ein solches, daß in steigendem Maße die Aufmerksamkeit auf dasselbe gelenkt werden muß. Schon zu allen Zeiten hat dieses Problem die Wissenschaft beschäftigt. Aber der Mann, der zuerst eine große Theorie aufstellte, war der englische Geistliche Malthus in seinem in 1798 erschienenen Buch: „Grundzüge über das Prinzip der Bevölkerungslehre“.

Die von Malthus vor mehr als hundert Jahren ausgesprochene Befürchtung — die Menschen vermehren sich viel schneller als die Nahrungsmittel — hat sich längst als übertrieben erwiesen und ist durch Tatsachen widerlegt worden. Und doch ist es begreiflich, daß solche Theorien entstehen konnten. In 1800 befand sich England mitten in der Periode, die unter dem Namen der „industriellen Revolution“ bekannt ist. Der Dampf und die neue Werkzeugmaschine verwandelten die Manufaktur in die moderne große Industrie und revolutionierten damit die ganze Grundlage der alten Gesellschaftsform. Der schläfrige Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion. Die Steigerung der Produktivkraft, gepaart mit der Vernichtung der alten sozialen Bande, riß das gesellschaftliche Leben aus dem Gleichgewicht. In Mittelengland, Lancashire und West Riding wurden Städte aus dem Boden gestampft. Die Zahl der Bevölkerung für England und Wales (ausschließlich Irland und Schottland), die schätzungsweise 5 Millionen in 1600 betrug und sich 150 Jahre später (1750) um nur 1½ Millionen, auf 6½ Millionen, vermehrte, belief sich in 1830 auf 13 800 000, hatte sich also mehr als verdoppelt. Entvölkerung des flachen Landes und Ueberbevölkerung der Städte, mit den üblichen Begleitererscheinungen: Elend, Entbehrung und Wohnungsnot. Das Wohnungselend in den englischen Textilstädten spottete jeder Beschreibung. Die Zusammenpferchung großer Massen von Menschen war um so degenerierender, als jede Kenntnis hygienischer und sanitärer Verhältnisse fehlte. „Die unermesslichen Uebel,

die sich bei jeder großen Umwälzung in der Technik und der Produktion einstellen, wurden durch die Art der Ungleichheit vermehrt, in der sich die Veränderung vollzog. Die ganzen siebzig Jahre (Epoche der industriellen Revolution) zeichneten sich aus durch eine rapide Aufeinanderfolge enormer Fluktuationen,“ schreibt ein bedeutender englischer Wissenschaftler. „Die Schmierigkeiten der Periode wurden vermehrt durch ein fehlerhaftes Bankwesen und durch Ungewißheiten, die der Krieg erzeugte.“ Daneben war der soziale Gedanke unserer Tage noch nicht geboren. Arbeiterschutz und -versicherung waren unbekannte Dinge. Man kann sagen, daß die Periode, die England von 1770 bis 1830 durchmachte, von keinem andern Volke durchgemacht wurde. Die kapitalistischen Auswüchse zeigten sich hier zunächst in ihrer nacktesten Gestalt, ohne daß man die Mittel zur Bänderung kannte. Die Versuche, die auf diesem Gebiete von Staatswegen unternommen wurden, erwiesen sich als äußerst mangelhaft. So konnten zwei Grundsätze entstehen, die fast das ganze neunzehnte Jahrhundert beherrschten: das laissez faire, laissez aller (alles gehen, alles geschehen lassen) und der Anarchismus, der jede Einmischung des Staates, „dieses Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung“, ablehnte. Nur zu verständlich war in solcher Periode die Entstehung der Theorie der Ueberbevölkerung, und so fielen die Gedanken eines Malthus auf fruchtbaren Boden.

Wir befinden uns in Europa neuerlich in einer Periode der industriellen Revolution, die, gepaart mit den Nachwehen des Weltkrieges, Verhältnisse geschaffen, die in mancher Hinsicht denen von 1800 bis 1830 ähneln. Damals war es der emporkommende Kapitalismus, der durch die gesellschaftliche Umwälzung die Welt auf den Kopf stellte und grenzenloses Elend erzeugte. Heute ist es der alternde Kapitalismus, der versucht, sich durch Rationalisierung zu helfen und ein Erwerbslosenheer beispielloser Größe schafft. So steht die Gesellschaft neuerlich vor dem Problem der Ueberbevölkerung. Da entsteht die Frage, ob dieses Problem gerade so überholt werden wird, wie die Theorie von Malthus überholt wurde. Diese Frage ist bereits von einem Kongreß amerikanischer Gelehrten beantwortet worden, der einmütig die Befürchtungen von Sir Hall als übertrieben ablehnte. Sir James Zwine, Rektor der Universität St. Andrew, erklärte, er sei überzeugt, die Menge des angebauten Getreides der Welt halte gleichsam Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung. Die Produktivität des Bodens könnte aber durch rationelle wissenschaftliche Bearbeitung noch beliebig gesteigert werden.

Wenn wir das von Sir Hall aufgeworfene Problem so ausführlich behandelten, so deshalb, um einmal die Begleitererscheinungen zu untersuchen, unter denen der Malthusianismus entstanden ist, um dann in der Lage zu sein, Schlußfolgerungen auf die Zeit zu ziehen, die doch, wie wir gesehen haben, so mancherlei Berührungspunkte mit der heutigen Zeit hat.

Aber selbst zugegeben, es bestehe die Gefahr einer Ueberbevölkerung, werden da von der herrschenden Gesellschaft die unbedingt notwendigen Maßnahmen ergriffen? Das muß entschieden verneint werden.

Zunächst haben doch die Baumeister der Friedensverträge sicherlich an so etwas wie eine Gefahr der Ueberbevölkerung nicht gedacht; im Gegenteil, durch die wahnsinnige Politik der europäischen Balkanisierung künstlich Hunger und Elend erzeugt. Es wird noch lange Jahre dauern, bis man den Wahnsinn der Friedensverträge völlig neutralisiert hat. Erfreulich ist ja, daß der Gedanke eines wirtschaftlichen Locarnogeistes immer mehr an Boden gewinnt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten scheinen langsam aber sicher die künstlichen politischen Mauern niederzureißen.

Und wie liegen die Dinge auf nationalem Gebiete? Der Deutsche Reichstag hat zweifellos bis jetzt noch nicht mit der Möglichkeit einer Ueberbevölkerung gerechnet, sonst würde er dem § 218 gegenüber eine ganz andere Einstellung an den Tag gelegt haben. Wie steht es aber mit einem rationalen Wohnungsbau und dem Siedlungsweisen? Gerade die Art und Weise, wie man bis jetzt die Wohnungsfrage auf dem flachen Lande behandelt hat, läßt nicht darauf schließen, daß man in Deutschland an das Bevölkerungsproblem gedacht

hat. Desto kräftiger muß die Arbeiterbewegung die sozialen Forderungen der modernen Zeit in den Vordergrund rücken. Immer notwendiger wird es, zu verlangen, daß die sozialen Forderungen der Reichsverfassung verwirklicht werden. Gerade jetzt, wo die Politiker so viel vom sozialen Volksstaat reden, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften ein Programm der sozialen Mindestforderungen erheben. B. W.

**Wirtschaftslage und Gewerkschaften.**

Die allgemeine Wirtschaftslage hat in den letzten Wochen eine besonders bemerkenswerte Veränderung nicht erfahren. Nicht zu verkennen ist jedoch, daß sie eine gewisse Belebung zeigt. Doch darf man sich über den Verlauf dieser Auffrischung der Konjunktur keinen allzu rosigten Hoffnungen hingeben. Bereits in der ersten Julihälfte trat auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung ein. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ging von 1,741 auf 1,719 Millionen zurück. Dieser Rückgang setzte sich in der zweiten Julihälfte fort. Am 1. August betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1,652 Millionen, darunter 324 000 weibliche Arbeitslose. Zu einem wesentlichen Teil wird dieser Rückgang durch den Streit der englischen Bergarbeiter, die internationalen Abmachungen in der Eisenindustrie und die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft zurückgeführt. Der Bergarbeiterstreik zwang die englischen Unternehmer wegen des entstandenen Kohlenmangels zu einer starken Einschränkung der Produktion. Hieraus fließen die kontinentalen Industrien machende Vorteile, wobei auch die deutsche Industrie nicht leer ausgeht. Am deutlichsten tritt diese Tatsache im Kohlen- und Erzbergbau hervor, wo die Förderung in den letzten Wochen stark gestiegen ist und die Halbenbestände eine erhebliche Abnahme erfuhren, im Ruhrgebiet allein im letzten Monat um rund 500 000 Tonnen.

Eine ähnliche Besserung der Geschäftslage weist die Stahlindustrie auf. Der deutsche Stahl erobert sich neue Absatzgebiete, was die Rohstahlgemeinschaft bereits dazu bestimmte, die bisherige Produktionsbeschränkung um 2 1/2 Prozent zu verkürzen. In ähnlicher Weise wird von der Textil-, Elektro- und Lederindustrie als Folge der Belebung der englischen Wirtschaft ein zunehmender Auftragsbestand gemeldet. Außerdem liegen noch günstige Berichte vor für die Maschinen-, Kraftwagen-, landwirtschaftliche Maschinen- sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Für das Baugewerbe ist die Geschäftslage noch immer ungünstig und hier und da macht sich ein weiteres Abflauen bemerkbar. Als ungünstig wird die Lage der Feinmechanik- und Uhrenindustrie, der Papier- und Verbielfältigungsindustrie angegeben, wenngleich auch hier gewisse Besserungsercheinungen herortreten. Dagegen ist in den übrigen Industriezweigen, insbesondere der Edel- und Schmuckwarenindustrie, Glas- und Porzellanindustrie sowie im Kessel- und Metallgewerbe noch keine Änderung zu beobachten.

Zu dem Angeführten treten noch einige weitere günstige Umstände. Die Durchführung des Notstandsprogramms der Reichsregierung kann für die wirtschaftliche Lage nicht wirkungslos bleiben, sie muß mit zu ihrer Belebung beitragen. Ferner erwartet man von der Erholung der Frankensaluten ein Nachlassen des belgisch-französischen Dumpings und von den internationalen Bindungen in der Stahl- und Nöhrenindustrie sowie von dem Zustandekommen des internationalen Eisenartells eine Entlastung des inneren Arbeitsmarktes, eine Senkung der Preise und eine Anregung des inländischen Verbrauchs. Ob oder inwieweit sich diese Erwartungen erfüllen, muß dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall erscheint es angezeigt, diese nicht zu hoch zu spannen. Denn wenn sich auch der Auftragsbestand in allgemeinen hebt, so ist doch für verschiedene Industrien festzustellen, daß dieser Umstand auf die Arbeitsmarktfrage einen nennenswerten Einfluß noch nicht ausübt, sondern die vermehrten Aufträge mit dem vorhandenen Arbeitsstamm ausgeführt werden, worin sich die Wirkungen der vorgenommenen Rationalisierung der Produktion äußern. Gleichwohl betrachtet man in industriellen und Vorkreisen den Tiefstand der Krise als überwunden. Diese optimistische Auffassung tritt auch in dem Steigen der Effektenkurse hervor und zeigt sich in der zunehmenden Unternehmungslust der Spekulation, die offenbar auf kommende Gewinne rechnet.

Nach Ansicht der diese Auffassung teilenden Wirtschaftstheoretiker ist in der deutschen Wirtschaft ein starker Wille zum Aufstieg vorhanden, der noch schneller und nachhaltiger aufzutreten würde, wenn unsere Wirtschaftsführer mehr wirkliche Wirtschaftler und Produzenten als Spekulanten wären. Sie machen ihnen sogar zum Vorwurf, daß sie durch ihren Pessimismus die Krise von der normalen zur katastrophalen Entwicklung trieben und jetzt wieder den Aufstieg verlangsamten, indem sie sich mehr der Spekulation als der Wirtschaft widmen. Als unberechtigt wird man diesen Vorwurf nicht bezeichnen können, denn was haben die sogenannten deutschen Wirtschaftsführer getan, um den Niedergang der deutschen Wirtschaft zu verhindern oder auch nur aufzuhalten? Wo war bei ihnen der umfassende Blick für die Bedürfnisse der Wirtschaft, als es in den Anfängen der Krise zu handeln galt? Da wäre es für das deutsche Unternehmertum und seine führenden Kreise an der Zeit gewesen, den während des Krieges ins Ungemessene entwickelten Egoismus, seine das deutsche Volk ins Unglück stürzende Raffgier endlich einzudämmen, einzusehen, daß es so nicht weitergehen konnte, ihre bis dahin lediglich auf den persönlichen Vorteil bedachte wirtschaftliche Einstellung aufgegeben werden mußte.

Gäßen die deutschen Unternehmer nur einen Teil der volkswirtschaftlichen Einsicht besitzen, die ihre bedeutungsvolle Stellung in der Wirtschaft erfordert, so hätten sie sich allein aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung davon überzeugen müssen, daß ihre Sucht, um jeden Preis viel zu verdienen, die deutsche Wirtschaft dem Zusammenbruch entgegenführte. Diese Einsicht fehlte ihnen jedoch vollständig. Es ist genügend bekannt, wie sie die durch ihr politisches wie wirtschaftliches Verhalten hervorgerufene und geförderte Inflation dazu mißbrauchten, die Verarmung des Volkes für sich gewinnbringend zu gestalten. Daß sie die Aufwertungsgeetze, die nichts anderes als eine

Vergewaltigung des geltenden Rechts darstellten, dazu benutzen, unzählige - kleine Sparer - um die Früchte ihres Fleißes und ihrer Entbehrungen zu betrügen, ohne danach zu fragen, daß sie auch deren Kaufkraft vernichteten. Dem gleichen Zweck diene die von ihnen betriebene Herabdrückung der Löhne, die sie demagogisch mit der notwendigen Herabsetzung der Preise verteidigten, ohne daß bis jetzt eine solche eingetreten wäre. Die Folgen haben die Arbeiter in ihrer verschlechterten Lebenshaltung, der Verminderung ihrer Kaufkraft und einer beispiellosen Arbeitslosigkeit zu tragen. Und auch jetzt beginnt bei den Unternehmern noch keine Einsicht zu tagen, daß diese Zustände zu ändern möglich ist, den unfreiwillig feiernden Millionen Arbeitern Arbeit und Verdienst geschaffen werden könnte, wenn sie ihre aller Vernunft Hohn sprechenden Politik des wirtschaftlichen Raubbaues aufgeben würden.

Von den deutschen Unternehmern Einsicht und Umkehr zu fordern, wäre jedoch zu viel verlangt. Mit dem Appell an ihre Vernunft ist nichts zu erreichen, denn in wirtschaftlichen Dingen haben sie solche freiwillig noch nie aufgebracht. Das deutsche Unternehmertum hat sich stets durch eine besondere Engstirnigkeit ausgezeichnet und vermochte mit wenigen rühmlichen Ausnahmen nie über seine Nasenspitze hinauszusehen. Wenn es Zeiten gab, wo sich bei ihm eine gewisse Erleuchtung zeigte, so trat diese nicht als Folge innerer Einsicht, beginnender Ueberlegung auf, sondern sie wurde ihm durch die Verhältnisse aufgezwungen. Die Arbeiter brauchen sich nur an die Zeit der Demobilisierung zu erinnern, wo sich das Unternehmertum ohne weiteres dazu bereit fand, mit den vor dem Kriege auf das wütendste bekämpften Gewerkschaften in eine Arbeitsgemeinschaft zusammenzutreten. Es mußte sehr wohl warum. Die politische Lage war brenzlich. Da hieß es klein beigeben, wenn Schlimmeres verhütet werden sollte. Unter solchen Umständen war das Unternehmertum immer bereit, mit sich handeln zu lassen und selbst Zugeständnisse zu machen, die sonst den von ihm vertretenen Grundfragen entgegenstehen, um freilich sofort, wenn der Zwang aufhörte, zu seinen früheren arbeitserfeindlichen Gepflogenheiten zurückzukehren. Das zeigt aber den Arbeitern, auf welche Weise allein von den Unternehmern soziale und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen sind. Nicht dem gebuldhigen Abwarten und Bitten, sondern nur dem wirtschaftlichen und gesetzlichen Zwange gegenüber findet es sich dazu bereit.

Für die Gewerkschaften besteht deshalb die Notwendigkeit, die Entwicklung der Wirtschaftslage genau zu beobachten und die erforderlichen Maßnahmen für die bei weiterer Aufwärtsbewegung der Wirtschaft eintretenden Kämpfe vorzubereiten. Ohne solche wird es sicher nicht abgehen, denn die Krise hat mancherlei gewerkschaftliche Errungenschaften verloren gehen lassen, die nicht verloren bleiben dürfen. Ein Meßfen der Kräfte bleibt unter diesen Umständen unvermeidlich. Das Unternehmertum ist sich dieser Sachlage wohl bewußt. Daher rühren vor allem seine Bemühungen, sich der unorganisierten Arbeiterschaft zu verschern, die es in besonderer Weise unschmeichelt und für sich gewinnen will. Die unorganisierten Arbeiter sollen den Unternehmern wie schon so oft als Schutzgarde dienen. Bis jetzt hatten diese Bemühungen wenig Erfolg. Es ist eben trotz Massenarbeitslosigkeit nicht mehr so leicht, Helden zu werben, die sich von den Unternehmern gegen ihre Massengenossen mißbrauchen lassen. Die Aussichten für einen Wiederaufstieg der Gewerkschaftsbewegung sind so nicht ungünstig, was alle organisierten Arbeiter zur eifrigen Werbung für die Organisation unter ihren unorganisierten Kollegen und Kolleginnen anspornen muß.

**Von der Werbe- und Anziehungskraft der Gewerkschaften.**

Für das Stärkeverhältnis einer Gewerkschaft, für ihren Einfluß auf dem Arbeitsmarkt ist in erster Linie ausschlaggebend, in welchem Umfang die Angehörigen des Berufes, den sie vertritt, organisiert sind: das Organisationsverhältnis. Je günstiger dieses ist, desto erfolgreicher können die gewerkschaftlichen Bestrebungen durchgeführt werden. Wenn zum Beispiel 60 % aller Berufsangehörigen in ihrem Berufsverband organisiert sind, so können sie ganz zweifelsohne den Arbeitsmarkt ihres Berufes nachhaltig und wirksamer beeinflussen, als wenn dieselben Berufsangehörigen nur zu 30 % als Berufsgruppe in einem Industrieverband organisiert sind. Das ist anerkannte gewerkschaftliche Erfahrungstatsache. Vollkommen verständlich ist es deshalb auch, wenn gelegentlich von Erörterungen über die Organisationsfrage Vergleiche gezogen werden zwischen dem Organisationsverhältnis von in Berufsverbänden und in Industrieverbänden zusammengeschlossenen Berufen.

Das Organisationsverhältnis kann man natürlich nur errechnen auf Grund amtlicher Ermittlungen über die Zahl der Berufsangehörigen überhaupt. Bis heute müssen dazu immer noch die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907 herangezogen werden; die Ergebnisse der amtlichen Zählung von 1925 liegen noch nicht vor.

Man zieht solche Vergleiche natürlich gern mit den Organisationen verwandter Berufe. So ist auch unser Verband bei gelegentlichen Untersuchungen über die beste Organisationsform verfahren. Als der uns am nächsten verwandte Beruf muß wohl der Maurerberuf angesprochen werden. Die amtliche Berufszählung 1907 gibt 543 212 Maurer und 188 564 Zimmerer an. Im Jahre 1900 gehörten dem damals noch selbständigen Maurerverband 81 331 Mitglieder an, dem Zimmererverband 24 149; es waren demnach 14,97 % Maurer und 13,15 % Zimmerer organisiert. Beide Verbände hatten demnach ein gleich ungünstiges, oder wenn man will, ein gleich günstiges Organisationsverhältnis.

10 Jahre später, 1910, zählte der Maurerverband, immer noch als selbständiger Berufsverband, 169 645 Mitglieder, er umfaßte 31,22 % aller Berufsangehörigen, wohingegen der Zimmererverband mit 54 550 Mitgliedern nur 29,71 % der Berufsangehörigen in sich vereinte.

Weitere 10 Jahre später, 1920, (1911 war inzwischen die Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter erfolgt, auch andere Gruppen sind später hinzugegetreten)

zählte die Berufsgruppe der Maurer, einschließlich der Soliere, Putzer, Zement- und Betonarbeiter, im Bauarbeiterverband 196 469 Mitglieder; die Zunahme an Mitgliedern seit 1910 betrug 17 004 = 10,02 %. Im Jahre 1920 waren sonach 36,17 % der berufstätigen Maurer im Bauarbeiterverband organisiert. Der Zimmererverband zählte 1920 85 973 Mitglieder. Seine Zunahme an Mitgliedern betrug seit 1910 81 423 oder 57,60 %. Es waren somit 46,83 % aller berufstätigen Zimmerer von unserem Verband erfasst.

Bis 1925 stellte sich die Zahl der im Baugewerksbund organisierten Maurer, einschließlich Schornsteinmurer, Bauwerkmeister, Zementfacharbeiter und Lehrlinge, auf 179 998. Seit 1920 war somit ein Rückgang an Mitgliedern von 8,88 % festzustellen. Daburch ging das Organisationsverhältnis der Maurer auf 33,13 % zurück. In dem gleichen Jahrfrükt konnte der Zimmererverband noch eine zwar unwesentliche Steigerung von 177 Mitgliedern oder 0,2 % nachweisen. Das Organisationsverhältnis verbesserte sich dadurch, auf 46,93 %.

In den hier angezogenen 25 Jahren hat sich demnach, gemessen an den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1907, das Organisationsverhältnis der Maurer von 14,97 auf 33,13 %, das der Zimmerer von 13,15 auf 46,93 % erhöht. Nach diesen Ergebnissen ist unschwer festzustellen, welche Organisation, bisher wenigstens, eine größere Werbe- und Anziehungskraft aufzuweisen hatte.

Bedäglich im Interesse der geschichtlichen Wahrheit haben wir diese Feststellungen für nötig erachtet. Unsere Kameraden sind dadurch in der Lage, etwaigen irreführenden Aufmachungen entgegenzutreten.

**Die Bedeutung des Tarifvertrages.**

In der tarifvertraglichen Festsetzung der Arbeitsbedingungen erblicken die Gewerkschaften ein Mittel, dem Unternehmertum eine stärkere Verpflichtung zur Innehaltung der Zugeständnisse aufzuerlegen, die sie beim Abschluß einer Lohnbewegung machen mußten. Der Wert des Tarifvertrages als Mittel gewerkschaftlicher Betätigung, über den ehemals gestritten wurde, steht heute bei der Arbeiterschaft außer allem Zweifel. Das Unternehmertum fräufte sich jedoch jahrzehntelang gegen den Abschluß von Tarifverträgen und es hat seinen inneren Widerwillen gegen sie auch jetzt noch nicht vollends überwunden, weil im Abschluß von Tarifverträgen die Anerkennung der Gewerkschaften

als Berufene Vertretungen der Arbeiterschaft und die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Partner des Arbeitsvertrages enthalten ist. Harter, opfervoller Kämpfe bedurfte es in der Zeit vor dem Kriege, um diesem Prinzip Geltung zu verschaffen und um gleichzeitig die erforderlichen materiellen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses durchzusetzen und tariflich festzulegen - harter Kämpfe bedurfte es, und dennoch gewann der Tarifvertrag nur langsam Boden. Im Jahre 1913 bestanden Tarifverträge für 143 088 Betriebe mit 1 400 000 Beschäftigten.

Ein gewaltiger Umschwung vollzog sich nach dem Kriege. Das Tarifvertragswesen erfuhr eine ungeahnte Ausdehnung. 1922 wurde ein Höhepunkt erreicht; denn in diesem Jahre waren die Arbeitsverhältnisse von 14,2 Millionen Arbeitnehmern tarifvertraglich geregelt. Auch in den folgenden Jahren trat nur ein verhältnismäßig geringer Abstieg von dieser Höhe ein; denn am 1. Januar 1925, dem jüngsten Erhebungsdatum der Statistik der Reichsarbeitsverwaltung, bestanden 7000 Tarifverträge für 785 945 Betriebe mit 11,9 Millionen Beschäftigten.

Beachtet man, daß, wie wir sagten, im Abschluß von Tarifverträgen die Anerkennung der Gewerkschaften als die von der Arbeiterschaft bevollmächtigten, dem Unternehmertum gleichberechtigten Vertragspartner enthalten ist, so erkennt man an dieser ungewöhnlich großen Ausdehnung des Geltungsbereiches der Tarifverträge den großen Gewinn an öffentlicher Geltung und gesellschaftlicher Bedeutung, den die Gewerkschaften zu erlangen vermochten. Und am Werdegang des Tarifvertrages, an der zähen Mühe, an den schweren Kämpfen, die notwendig waren, um den in ihm ruhenden Gedanken zu dieser Anerkennung zu bringen, erkennt man den Weg der Gewerkschaften überhaupt, erkennt man die Opfer, die dargebracht werden mußten, um sie auf jene Höhe des Ansehens und der Geltung zu heben, die sich in unsern Zahlen über die Tarifverträge spiegelt. Dem einzelnen Arbeiter aber sichert die gewerkschaftliche Organisation durch den Tarifvertrag einen Rechtsanspruch auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen. Dieser Rechtsanspruch gibt dem Arbeiter beim Antritt einer neuen Stellung sowie während der Dauer der Beschäftigung eine größere Sicherheit, denn er überhebt ihn der Notwendigkeit entwürdigenden Freistehens um die Bedingungen des Arbeitsvertrages bei der Einstellung oder um notwendige Verbesserungen während der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Er weiß, welche Arbeitsbedingungen ihm zustehen, er ist über die Höhe dessen, was er zu fordern hat, nicht im Zweifel.

An diesen Vorteilen aber nehmen viele Teil, die nichts beitragen zu den Opfern und Kämpfen, deren es bedurfte und täglich von neuem bedarf, um sie zu erringen. Denn 4,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder erkämpfen, wenn wir die Zahlen von 1924 im Auge behalten, die tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen für 11,9 Millionen Arbeitnehmer!

Kameraden! Diese Untätigen müssen in der internationalen gewerkschaftlichen Werbewoche vom 13. bis 19. September für die Gewerkschaften als Mitglieder gewonnen werden!

**„Heute und morgen.“**

Henry Ford hat ein neues Buch herausgegeben: „Heute und morgen.“ Darüber ist in der amerikanischen Zeitschrift „Nation“ ein Aufsatz aus der Feder von Stuart Chase erschienen, den mit den notwendigen Kürzungen die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ wiedergibt. Wie entnehmen diesem Aufsatz die nachstehenden Ausführungen:

In Fords neuem Buch handelt der wichtigste, wenn auch der kleinere Teil, von der Wirtschaftspolitik, der neuen industriellen Synthese, von der Neuorganisation des Wirtschaftslebens, als deren eifriger und eindrucksvoller Fürsprecher Ford auftritt.

Seine Politik ist folgende: „Das Gesicht des Geschäfts ist heute dem Lagerhalter zugewendet, und nicht dem Konsumenten, und das bedeutet die Verneinung des eigentlichen Zweckes der Industrie. Geldmenschen produzieren Dividenden, aber Techniker produzieren Waren. Das Geschäft ist in die Hand der Geldleute gekommen, und diese tun ihr bestes, es sozial und finanziell zugrunde zu richten. Oft verfertigen sie ein mehr als zweifelhafte Produkt mit unerschwinglich hohen Kosten. Das Profitstreben ist, obgleich man es für verständlich und praktisch hält, in Wahrheit ganz und gar nicht praktisch; denn es bedingt die Erhöhung der Preise für den Konsumenten und die Kürzung der Löhne. Daher verengt es beständig die Märkte und erdroffelt möglicherweise sich selbst.“ Daher die Geschäftsdepressionen. Alles dies ist Vergeudung; die unklaren Köpfe der Bankiers müssen ersetzt werden durch technisch denkende Industriekapitäne, wie zum Beispiel Henry Ford einer ist. Sie erst können die Industrie richtig in Gang bringen, ohne Vergeudung, ohne Uebereilung, ohne Fälschung, ohne jedes Krankhafte und zur Zufriedenheit der Allgemeinheit, die der einzige Kritiker dieser Führer ist.

„Eine Maschine — so heißt es im neuen Buch Fords — gehört nicht dem Menschen, der sie kauft oder mit ihr arbeitet, sondern der Allgemeinheit. Wir sehen das Geld der Allgemeinheit, das in Form von Profitten in das Geschäft fließt, nicht als eine Anlage an, welche Zinsen tragen soll. Das Geld gehört der Allgemeinheit. Die Profite sollen nicht abgeschafft werden, aber sie sollen allein zur Vermeidung von Vergeudung, zur Erzielung höherer Löhne und niedrigerer Preise verwendet werden. Der Profit wird zum Preis, welcher für die dem technischen Fortschritt entsprechenden Neuerungen gezahlt wird. Am Ende geht alles Geld zum Konsumenten in der Form niedrigerer Preise zurück. Und damit das System dauernd in Gang bleiben kann, müssen die Löhne immer eine Spanne über den Preisen stehen, damit stets genügend Kaufkraft vorhanden ist, um die Produktivität der Industrie voll auszunutzen. Das nennt Ford das „Lohnstreben“, und dieses soll das alte Privatprofitstreben ablösen.“

„Schafft der Industrielle eine Ware — so fragt Ford — damit diese den Menschen nütze, oder nur, um sie den Menschen zu verkaufen?“ Ist das erstere der Fall, so gehört er zu den wirklichen industriellen Führern, in letzterem Fall ist ihm das Urteil gesprochen. In Fords Zukunftsland ist für die Großhändler kein Platz. Das Geld kehrt zu seiner Funktion als Kaufmittel zurück und hört auf, die dahinterstehende Warenbewegung zu verschleiern. Arbeitslosigkeit wird, abgesehen von dem notwendigen Wechsel von einer Tätigkeit zur andern, undenkbar, ebenso wie jeder Versuch, sei es der Unternehmer oder der Arbeiter, die Produktion einzuschränken. Bei den unbegrenzten Mengen von Konsumgütern, die Amerika braucht, und bei den unbegrenzten Naturschätzen, die ihm zur Erzeugung dieser Güter zur Verfügung stehen, gibt es stets mehr Arbeitsstellen als Menschen da sind, um diese zu besetzen.

Im Zukunftsland Fords hat nur der Techniker das Wort. Die Maschine wird nur von Technikern in Gang gebracht, die allein dem Willen der Allgemeinheit, der sich in der Kaufkraft der Allgemeinheit widerspiegelt, unterworfen sind. Der staatlichen Einwirkung gibt Ford in seinem Zukunftsland keinen Raum. Die Regierung wird aufgefordert, die Hände davonzulassen und mißamt den Bankiers, den Gewerkschaften, den Reformern, den Wohltätigkeitsunternehmungen aller Art und — was vielleicht nach allem diesem nicht mehr überflüssig wird — mißamt den sogenannten „Faschisten“ draußen zu bleiben. Selbst die Erzeugung von Gas, Wasser, Kraft und das Transportwesen darf nicht den öffentlichen Körperlichkeiten überlassen werden, nur deren Kontrolle muß von der Allgemeinheit, worunter Ford die öffentliche Meinung versteht, ausgeübt werden.

Das industrielle Zukunftsland des modernen Krösus steht in diesen Tagen vor uns. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß es Ford ernst ist mit seiner Lehre. Er hat doch ausgeführt, was er uns empfiehlt, und verwendete seine Profite für das Unternehmen, zur Erzielung höherer Löhne und niedrigerer Preise. Wir müssen uns aber folgendes fragen: Zunächst: Wir geben zu, daß das amerikanische Volk große Vorteile aus der Geschäftspolitik Fords gezogen hat. Ist sie aber andernfalls auf ganz Amerika oder, wenn man will, auf die ganze westliche Zivilisation? Können wir uns so ohne weiteres der Führerschaft der technischen Geschäftsleute überlassen? Und dann: Ford war selbst das Ergebnis von Umständen, auf die er nur wenig Einfluß hatte. Die Zeit erforderte einen billigen und zuverlässigen Motorwagen. Ford war zufällig der Mann, der zuerst diese Nachfrage befriedigen konnte und wurde dadurch zu unbegrenzter Macht gehoben. Wenn es nicht Ford gewesen wäre, so wäre es irgendjemand anders gewesen, der selbstverständlich ein selbstthätiger Mensch hätte gewesen sein können. Aber den alten Geschäftszweigen, wie etwa der Schuh-, Seifen- und Kohlenenerzeugung, ist keine solche Gelegenheit in den Schoß gefallen, und es wird sich ihnen auch nie eine solche bieten. Eine ähnliche Gelegenheit wird wahrscheinlich nicht wiederkommen, bis jemand ein billiges und einfach zu handhabendes Flugzeug baut. Es ist stets gefährlich, einen besonderen Fall zu sehr zu verallgemeinern.

Weiterhin kommt uns eine zweite Frage: Welche Garantie haben wir, daß die Industriekapitäne, nachdem wir uns demütig in ihre Hand gegeben haben, nun auch wirklich von Fords Geist und System befeelt sind? Welche Garantie haben wir, daß Fords Sohn Etsel das Werk des Vaters fortsetzen wird, und daß in diesem Fall bei späteren Generationen etwas Besseres herauskommen wird als bei den Romanoffs oder bei den Habsburgern? Welche Gefahr der unbedingten Gleichmacherei trägt der Plan an sich? Fords Versuch ist in diesem Punkt widersprechend und alles andere als folgerichtig. Wo sind die psychologischen Antriebe, die das Profitstreben über den Haufen werfen sollen? Wie soll in dem allgemeinen Wettrennen der Großindustriellen der Gedanke des Dienstes für die Allgemeinheit plötzlich, fast über Nacht, die Selbstsucht verdrängen? Ford ist dank der oben angeführten Umstände reich genug geworden, um den Gesichtspunkt des Allgemeinwohls hervorzuführen. Können wir alle unsere Industriellen durch dieselbe Schule schicken?

Schließlich noch der wichtigste Punkt von allen: In Fords Buch oder in seinem Zukunftsland finden wir nichts von einem industriellen Generalstab, der die Produktion in

Einklang zu bringen hätte mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Diese Lebensnotwendigkeit bleibt der freien Konkurrenz überlassen. Tausend Fords könnten unzählige Segnungen innerhalb ihrer eigenen Organisationen zuwege bringen, aber durch den Konkurrenzkampf, die gegenseitigen Bedrückungen könnte aus Mangel an jeder gemeinschaftlichen Zusammenfassung eine ungeheure Vergeudung dabei herauskommen, welche alle Ersparnisse zu übertreffen vermöchte. Die Kaufkraft bildet kein sehr wesentliches Hindernis gegen Verschwendung im Konkurrenzkampf, besonders wenn die Konkurrenten riesige Vertikalorganisationen sind. Kohle, Öl, Holz und Mineralien und selbst Menschenkraft werden vielleicht schneller verwirtschaftet werden als unter dem gegenwärtigen System. Wenn die industriellen Führer darüber übereinkommen sollten, sich nicht in die Quere zu kommen und einen übergeordneten Apparat einsetzen können, so könnte noch etwas dabei herauskommen. Aber diese Kontingenzierung erwähnt Ford nirgend, und ich vermute, er würde sie nicht anerkennen wollen. Er hat dabei das übliche mystische Vertrauen in sein Geschäft. Er hat sein Geschäft mit allen seinen Verwicklungen niemals in den allgemeinen Rahmen der Volkswirtschaft eingestellt. Und das ist der große Mangel in Fords Zukunftsland.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Ein Mitgliedsbuch gestohlen.

Nach einer Mitteilung unserer Zahlstelle Berlin hat der Zimmerer Reinhold Wenjeritt dem Zimmerer Willi Dube sein Mitgliedsbuch 26 177 gestohlen.

Vor mißbräuchlicher Benutzung des Buches wird gewarnt. Dem Wenjeritt ist das Buch sofort abzunehmen und dem Vorstand der Zahlstelle Berlin zuzustellen.

Der Zentralvorstand.

### Unsere Lohnbewegungen.

**Bausperren in Böhlen bei Leipzig.** Auf den Baustellen Sachsenwerk, Böhlen, führen die Firmen Thyssen & Co., Mühlheim-Köln, und die Rheinische Apparatur- und Rührgefäßfabrik größere Arbeiten aus. Die bei den genannten Firmen beschäftigten Zimmerer arbeiten täglich 10 bis 12 Stunden. Trotz mehrmaliger Aufforderung lehnen die sogenannten Stammarbeiter der Firma es ab, die tariflich festgelegte Arbeitszeit von 8 Stunden einzuhalten. Ueber die Firma ist deshalb die Sperre verhängt.

**Eine gerichtlich anerkannte Bausperre in Spandau (Zahlstelle Berlin).** Unter dieser Stichmarke berichteten wir bereits in Nr. 94 des „Zimmerer“ über die Aufhebung einer einstweiligen Verfügung durch das Landgericht, eine Sperre in Spandau betreffend. Jetzt liegt uns das Urteil vor. Aus dem Tatbestand ist noch nachzutragen, daß die Firma auch einen Spruch des Tarifamts vom 11. Mai 1926 erwirkt hatte, der feststellte, daß unsere Zahlstelle Berlin durch die Verhängung der Sperre ohne vorherige Anrufung der Tarifinstanzen den tariflichen Vereinbarungen zuwidergehandelt habe. Siergegen hatte unsere Zahlstelle eingewendet, daß das Tarifamt nicht zuständig gewesen sei.

Das Landgericht hat, wie schon erwähnt, unserer Zahlstelle recht gegeben. „Eine Anrufung der Tarifinstanzen — so wird in den Entschidungsgründen ausgeführt — kam deshalb zur Entscheidung dieses Streitfalles gar nicht in Frage, da es sich hier nicht um eine unter Verstoß gegen die nur die Lohnfragen betreffenden Abkommen vom 26. November 1925/18. Februar 1926 erfolgte Kampfmaßnahme handelte. Die Antragstellerin (Firma) gibt jetzt selbst zu, daß bei einem Streit über Abfordern ein tarifliches Verbot, vor Anrufung der Tarifinstanzen eine Sperre zu verhängen, nicht bestehe. Damit entfällt ein tarifwidriges Verhalten der Antragsgegnerin. . . . Eine Sperre als Kampfmaßnahme ist nicht rechts- und sittenwidrig, auch wenn sie nur erfolgt, um die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern. Ob das mit solcher Sperre erstrebte Ziel sozialwirtschaftlich zu rechtfertigen ist, hat das Gericht nicht zu entscheiden. . . . Die Sperre selbst aber, die nach der unwiderlegten Erklärung der Antragsgegner nur deswegen verhängt ist, um die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern, bleibt trotzdem eine nicht verbotene und nicht sittenwidrige Kampfmaßnahme, selbst wenn dadurch auch andere Baustellen betroffen werden, auf denen Akkordarbeiten nicht geleistet werden. Auch kann die Antragstellerin gegen die Antragsgegner keine Rechte daraus herleiten, daß die entlassenen Zimmerer, wie sie glaubhaft zu machen sich erboten hat, gegen Arbeitswillige mit Gewalt vorgegangen sind. Denn daß die Antragsgegner solche Gewalttätigkeiten der Entlassenen unterstützt hätten, behauptet die Antragstellerin selbst nicht. Für die Behauptung der Antragstellerin endlich, daß die Antragsgegner andere Baustellen nicht gesperrt hätten, obwohl auf ihnen Zimmerer ihres Verbandes in Akkord arbeiteten, was darauf hindeuten würde, daß die Antragsgegner die Sperre gar nicht verhängt haben, um ihren Standpunkt in der Akkordfrage durchzusetzen, sondern um die Antragstellerin aus andern Gründen — in unzulässiger Weise — zu schädigen, fehlt es an jeder Glaubhaftmachung. Insbesondere ist die Angabe der Antragsgegner nicht widerlegt, daß es sich auf den andern Baustellen nicht um reine Akkordarbeit handelt. Nach alledem ist ein Unterlassungsanspruch gegen die Antragsgegner nicht begründet. Die umstrittene Verfügung war deshalb aufzuheben.“

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Berlin und Umgegend.** Hier tagte am 3. August im Gewerkschaftshause unsere von 150 Delegierten und 11 Vorstandsmitgliedern besuchte Zahlstellenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der erste Vorsitzende, Kamerad Neßschläger, der im 2. Quartal verstorbenen 16 Kameraden. Die Versammlung ehrte das Andenken der Toten durch Erheben von den Plätzen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom 2. Quartal, die allen

Delegierten gedruckt vorlag, wurde nach kurzem Bericht der Revisoren dem Kassierer, Adolf Schm, einstimmig Entlastung erteilt. Auf der Abrechnung waren 5 Kameraden aufgeführt, die als ehemalige Bezirkskassierer oder deren Stellvertreter Gelder der Zahlstelle unterschlagen haben. Die Zahlstellenversammlung beschloß nach eingehender Diskussion, diese untreuen Kameraden für die Zukunft in jeder Quartalsabrechnung zu veröffentlichen, um den Mitgliedern der Zahlstelle Gelegenheit zu geben, auf den Arbeitsstellen auf sie einzuwirken und sie zur Zurückzahlung ihrer Schulden zu zwingen. Ein Konto des ehemaligen Kassierers des Bezirks 18 (er hatte an 2 Kameraden während der Bewegung 1925 nach abgelaufener Frist Streikunterstützung in Höhe von 80,70 M ausgezahlt) wurde auf die Lokalkasse übernommen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde das Regulatorium beraten; es wurde nach einigen vom Vorstand beantragten formellen Änderungen in der alten Fassung wieder angenommen. Zu Punkt 3, Verbandsangelegenheiten, teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand empfehle, auch in diesem Jahre wieder eine statistische Erhebung, verbunden mit einer Bücherkontrolle, vorzunehmen; er schlage als Stichtag den 28. August vor. Die Versammlung beschloß demgemäß. Des weiteren lagen Anträge des 1922 wegen Streikbruchs ausgeschlossenen Wilhelm Albrecht, Bezirk 1, und Alex Hinz, ausgeschlossener 1924, Bezirk 10, auf Wiederaufnahme vor. Der Antrag Albrecht wurde abgelehnt, weil der Bezirk sich erst damit beschäftigen muß; der Antrag Hinz wurde angenommen. Gegen 2 Kameraden, Otto Starost und Richard Simonski, beide aus Bezirk 12, wurde wegen Sperrebruchs der Ausschluss aus dem Verbandsbeim Hauptvorstand beantragt. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zu einer großen Kundgebung aller freien Gewerkschaften für Sonntag, 19. September, aufgerufen. Kamerad Neßschläger berichtete hierzu und forderte die im Zentralverbande organisierten Zimmerer auf, sich reiflos an dieser Kundgebung unter Mitbringung der Fahnen und Banner zu beteiligen. Kamerad Neßschläger gab weiter bekannt, daß neben dem schon einige Zeit als Bausperrenkontrollleur tätigen Kameraden Ewald Haseley seit Anfang Juli als zweiter Bausperrenkontrollleur der Kamerad Paul Anders von der Behörde angestellt ist. Die Delegierten brachten ihre Befriedigung über die Tätigkeit der Organisation in dieser Angelegenheit zum Ausdruck. Im vierten Punkt der Tagesordnung standen eine Reihe Anträge zur Beratung. Bezirk 27 beantragte Tarifizierung der Akkordarbeit. Ein Gegenantrag des Bezirks 18, Uebergang zur Tagesordnung über obigen Antrag, wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Der zweite Vorsitzende, Kamerad Schill, würdigte hierbei die Einstellung der Delegierten zu dem Akkord- und Schindlersystem, indem sie den Antragstellern die gebührende Antwort auf eine derartige verbandsschädigende Forderung zuteil werden ließen. Auch der Kamerad Froberg, Bezirk 27, Obmann der Vertrauensleute für Zimmerer bei einer der größten Firmen (Moskau & Knauer), mußte sich bittere Wahrheiten über sein Verhalten als Bestirwörter der Akkordarbeit sagen lassen. Folgende Entschidung wurde einstimmig angenommen: „Die am 3. August 1926 im Gewerkschaftshause, Saal 1, tagende Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Berlin und Umgegend beurteilt die im Berliner Zimmerergewerbe in verschiedenen Betrieben eingerissene Schinderei. Es ist dadurch den Schweißtreibern möglich, sich ihre Taschen auf Kosten der Kameraden zu füllen und das Heer der Arbeitslosen zu erhalten. Die Zahlstellenversammlung verpflichtet alle in Arbeit stehenden Kameraden, Solidarität mit den Arbeitslosen zu üben und die Schinderei einzustellen. Durch menschenwürdige Arbeitsleistung ist es möglich, reiflos alle arbeitslosen Kameraden in Arbeit zu bringen, erst dann sind die Pläne der Ausbeuter zunichte gemacht und menschenwürdige Zustände wieder hergestellt.“ Ein Antrag des Bezirks 3, der verlangte, an Kameraden, die in Not geraten sind, auf deren Antrag ein Darlehen bis zu 30 M zu gewähren, wurde nach einigen Ausführungen des 1. Vorsitzenden, daß Kameraden, die sich in großer Not befinden, laut Regulatorium eine besondere Unterstützung bis zu drei Tagelöhnen aus der Lokalkasse erhalten können, abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Bezirks 20, dem Vorstand Vollmacht zu erteilen, an die Familien der beiden wegen politischen Vergehens eingekerkerten Kameraden Erich Wundersee und Emil Nisch auf deren Antrag aus der Lokalkasse Unterstützung zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. Die Bezirke 17, 28 und 30 richteten an die Zahlstellenversammlung die bringende Bitte, ihre Solidarität den streifenden englischen Bergarbeitern gegenüber zu bekunden und dem Antrag der Bezirke zuzustimmen, eine Beihilfe von 1000 M aus der Lokalkasse an die Streifenden zu überweisen. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt der Antragsteller und beschloß demgemäß. Kamerad Neßschläger gab nunmehr einen kurzen Bericht über das II. Quartal 1926. Die Mitgliederzahl ist um 218 gestiegen, so daß wir jetzt einen Mitgliederbestand von 4534 in der Zahlstelle zu verzeichnen haben. Auch die Beihilfenziffer ist erheblich gestiegen, sie beträgt jetzt 281. Der Bestand der Lokalkasse liegt von 16 000 auf 22 672,63 M, trotzdem am Schluß des Quartals 1243 Kameraden arbeitslos waren. Kamerad Neßschläger forderte die Delegierten und anwesenden Gäste auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und auf allen Arbeitsstellen dafür zu sorgen, auch den letzten unorganisierten Zimmermann dem Zentralverband zuzuführen, was nur durch eine regelmäßige Bücherkontrolle durch die Vertrauensleute möglich ist. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 3. August 1926 im Gewerkschaftshause tagende Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, erhebt schärfsten Protest 1. gegen das Verbot der kommunistischen Tageszeitungen sowie des „Roten Knüttel“, 2. gegen das Blut- und Henteeregiment in Horthh-ungarn. Die Zimmerer Berlins fordern die sofortige Freilassung Rakosis und Genossen, dagegen sofortige Verhaftung und Aburteilung des dortigen Staatsanwaltes. Mit einem Hinweis auf die nächste Vertrauensmännerversammlung und auf das am 7. August 1926 in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain stattfindende 43. Stiftungsfest erfolgte Schluß der Versammlung.“

### Baugewerbliches.

Einen Lichtbildervortrag über moderne Backsteinbauten veranstaltet die Siemens-Gewerbeschule in Hamburg Sonnabend, 4. September, abends 8 Uhr, in ihrem Hause Steinbamm 81. Vortragender ist Herr Baurat Dipl.-Ingenieur Schmidt. Einlaßkarten können kostenlos täglich abends von 6 bis 8 Uhr abgeholt werden. Auf die Veranstaltung seien besonders unsere Hamburger Kameraden hingewiesen.

### Aus den Unternehmerorganisationen.

**Die Streitversicherung der Unternehmer.** Neben den offiziellen Streitversicherungskassen der Großindustrie besteht in Dresden der Deutsche Industrieschutzverband, der hauptsächlich die Streitversicherung für die kleine und mittlere Industrie besorgt. Nach dem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht dieses Verbandes betrug die Zahl der von ihm unterstützten Streiks im Jahre 1924 1212 und im Vorjahre 2330. Die geleistete Schadenssumme betrug für 1924 800 000 M und 1925 1 537 000 M. Interessant sind die Angaben, die über die Dauer der Streiks gemacht werden. Die Streikdauer betrug danach in den Jahren 1906 bis 1914 durchschnittlich 36 Tage und sank 1918 auf durchschnittlich 4 Tage. In den letzten Jahren 1918 bis 1923 stieg die Zahl der Streiktage auf 13 und im Jahre 1925 hatten die Streiks eine Dauer von 33 Tagen. Der Industrieschutzverband sieht die Verlängerung der Streiks als eine Konsolidierung an, da die Nervosität, wie sie sich in den häufigen und kurzen Streiks zeigt, verschwinden sei und der Ausgleich der Differenzen zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder durch Verhandlungen zu erreichen versucht wird. Wir müssen hingegen unser Bedauern darüber ausdrücken, daß es notwendig ist, solche verhältnismäßig langen Streiks zu führen. Denn es handelt sich bei den Forderungen, die die deutsche Arbeitererschaft in ihrer Bescheidenheit nach der Stabilisierung aufzustellen pflegte, meistens um das Unentwendigste, was ein Kulturmenschen zum Leben haben muß. Um dieses Erfordernis mußte im Vorjahre im Durchschnitt 88 Tage durch Arbeitsniederlegung gekämpft werden. Vielfach war auch eine so lange Streikdauer nicht von Erfolgen, sondern von Mißerfolgen gekrönt. Es ist aber eine zu günstige Annahme, wenn wir voraussetzen, daß die Arbeitererschaft der Angreifende war und das Ziel des Kampfes auf eine Verbesserung der Lebenslage gerichtet gewesen sei. In vielen Fällen handelte es sich um eine glatte Notwehr, um Verschlechterungen entweder in der Lohnfrage oder in der Arbeitszeit abzuwehren. Zu denken geben aber die Zahlen der Streikentschädigungen. Daß diese gewährt werden konnte, ist ein Beweis dafür, daß die Unternehmer durch starke Streikklassen vorgezogen haben. Es ist nur ein Akt der Notwehr, wenn der wirtschaftlich schwächere Teil, die Arbeiter und Angestellten, das gleiche durch Stärkung ihrer Gewerkschaften zu erreichen versuchen.

### Gewerkschaftliche Kundschau.

**Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreien.** Die haren Bestimmungen in der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918, die jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verbieten, wollen einigen Richtern aus der alten Schule nicht einleuchten. Immer wieder werden Gerichtsurteile gefällt, wonach Gesetzesübertreter freigesprochen werden. Man braucht sich daher nicht wundern, wenn die Sonntagsarbeit in den Konditoreien immer mehr um sich greift. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Herstellung von Backwaren wie Eis, Creme und Schlagsahne besteht in dieser Zeit der großen Not wirklich nicht. Das Vorgehen der Unternehmer entspringt lediglich den Profitinteressen und sie schrecken dabei nicht zurück, die Gehilfenschaft wieder in die sieben-tägige Arbeitswoche zu pferchen. Ganz besonders aber muß endlich einmal den Richtern, die nur im Interesse der Unternehmer die freisprechenden Urteile fällen, gesagt werden, daß sie nicht dazu beitragen, die Arbeiterschutzgesetze zu respektieren. (Denag.)

**Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.** Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes fordern eine Lohnerhöhung von 80 % pro Schicht. Sie begründen ihre Forderung mit der Mietsteigerung und der Verteuerung der Lebenshaltung durch die Höhe und sie weisen außerdem auf die gesteigerten Arbeitsleistungen hin. Daß im Bergbau eine Besserung der Geschäftslage eingetreten ist, müssen die Bergwerksbesitzer zugeben. Aber sie ist, nach ihrer Meinung, nicht so gewiß, daß sie eine Lohnerhöhung berechtigt erscheinen lasse und vor allen Dingen sei diese Besserung auch nicht von Dauer. Aus diesen Gründen lehnen sie die Forderung ab. Wahrscheinlich werden baldigt Schlichtungsverhandlungen stattfinden.

**Der englische Bergarbeiterstreik dauert fort.** Die in der vorigen Woche zwischen Grubenbesitzern und Vertretern der Streikenden stattgefundenen Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Der Grund ihres Scheiterns ist vorwiegend in der Stellung beider Parteien zur Arbeitszeit zu suchen. „Vorläufig deutet — so heißt es in einer Mitteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes — nichts darauf hin, daß Regierung und Unternehmer in irgendeinem Punkte von ihrer starcköpfigen Stellungnahme abweichen. Deshalb heißt es für die Arbeiter, die größtmöglichen Summen zur Fortsetzung des Kampfes zusammenzubringen. Der Endkampf ist in vollem Gange. Die bereits gebrachten Opfer werden sinnvoll, wenn der Endkampf nicht mit dem größten Kraftaufwand geführt wird. Deshalb sammelt zugunsten der englischen Bergarbeiter!“

### Sozialpolitisches.

**Aufräumungsarbeiten.** Seit Jahrzehnten und Jahrhunderten schaffen die Polizeiverordnungen in den geeigneten Fällen des preußisch-deutschen Polizeistaates üppig in die Palme. Wie der Leiter des preußischen Polizeidienstes, Mi-

nisterialdirektor Abeg, mitteilte, sollen demnach nicht weniger als eine Million Polizeiverordnungen aufgehoben werden. Unter diesen sind solche, die das ehrwürdige Alter von mehr als 100 Jahren erreicht haben. Wie mancher arme Teufel mag im Laufe dieser langen Zeit auf Grund solcher Verordnungen, die vielleicht für den Augenblick gedacht waren, verurteilt, verhaftet oder sonstwie bestraft worden sein. Auf Grund eines Gesetzes sollen nunmehr nach einer gewissen Uebergangszeit alle Verordnungen aufgehoben werden. In dieser Uebergangszeit soll geprüft werden, welche Verordnungen wirklich unerlässlich sind. Diese dürften dann noch weiter in Kraft bleiben, um danach durch endgültige Regelung ersetzt zu werden. Nicht nur hier sind Reformen geplant, sondern auch in den Berufsordnungen als solchen. Gegenwärtig gibt es in Preußen 15 000 Stellen, die das Recht haben, Verordnungen zu erlassen. Dieser Unfug muß natürlich in gleicher Weise beseitigt werden. Ein allgemeines Polizeigesetz mit einem Polizeistrafrecht soll die große Reform krönen. Diese Radikalur auf dem Gebiete ist dringend notwendig. Es ist nur zu wünschen, daß sie recht gründlich erfolgt. Das preußische Ministerium des Innern muß ganze Arbeit leisten und vieles nachholen, was der Novembersturz leider veräußert hat. Denn schließlich sind alle Polizeiverordnungen für die große Masse der gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten geschaffen worden. Und diese bekanden sich gegen eine allzu rührige Fürsorge der Polizei, wenn sie sich auf Verordnungen des alten Obrigkeitsstaates stützen. Deshalb hineingelangt in die muffigen Schränke, wo es nach Moder, mittelalterlichem Schutt und Kastengeist riecht!

**Der Brotpreis steigt!** Nachgerade kann man aus allen Statistiken, die man zur Hand nimmt, die Wirksamkeit der „Wirtschaftspolitik“ der bürgerlichen Parteien herauslesen. Sie äußert sich in der Steigerung der Preise, namentlich für Lebensmittel. Das preußische Statistische Landesamt gab kürzlich eine Erhebung in 51 Städten bekannt, die folgendes Ergebnis hatte. Es kosteten je Kilogramm in Pfennigen:

	1913	Juni 1926	Juli 1926
Roggenbrot . . . . .	29	29,6	30,7
Roggenraubrot . . . . .	29	36,9	38,3
Weizenkleingebäck . . . . .	53	76,8	77,8
Roggenmehl . . . . .	29,8	36,2	38,4
Weizenmehl . . . . .	37,3	52,1	53,3

Im Monat August wird diese Steigerung sicher nicht halt gemacht haben, da in diesem die Höhe erst zur Wirksamkeit kamen. Auf weitere „Ueberraschungen“ können wir uns also gefaßt machen. Nur nicht darin, daß an maßgebenden Stellen anerkannt wird, daß diese Zustände ohne eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von der Masse länger getragen werden kann. Diese Erkenntnis muß ihnen erst von den Lohn- und Gehaltsempfängern durch gesteigerte gewerkschaftliche Betätigung demonstriert werden.

**Aufruf von Rentenbankscheinen.** Durch Bekanntmachung vom 16. August ruft die Deutsche Rentenbank die Rentenbankcheine zu 1 M und 2 M mit dem Ausfertigungsdatum vom 1. November 1923 zur Einziehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis 30. September 1926 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank aber bis zum 10. Dezember 1926 gegen andere Rentenbankcheine oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel eingetauscht werden. Mit Ablauf des 15. Dezember 1926 werden die aufgerufenen Rentenbankcheine kraftlos, es erlischt dann auch die Umtausch- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank.

### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

**Unfälle außerhalb der Betriebsstätte.** Durch das zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 ist bekanntlich die Bestimmung getroffen, daß als „Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe“ auch der mit der Beschäftigung in diesem Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte gelte. Es war nun Streit entstanden darüber, ob diese neue Vorschrift schließlich nicht eine neue Gesetzesbestimmung, vielmehr nur eine „Auslegung des bisherigen Rechts“ durch den Gesetzgeber sei und somit nicht nur für Unfälle gelte, die nach dem 17. Juli 1925, dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes vom 14. Juli 1925, sich ereignen, sondern auch für die bis zu dem genannten Tage stattgefundenen Unfälle, soweit über sie noch nicht rechtskräftig entschieden wäre.

Das Reichsversicherungsamt ist nun in einer grundsätzlichen Entscheidung solcher in dem Streitfall von dem Oberversicherungsamt vertretenen Auffassung entgegengetreten. Es führt aus: „Die Auffassung des Oberversicherungsamtes vom Wesen des § 545a der Reichsversicherungsordnung ist nicht zutreffend. . . . § 545a ist . . . nicht die Auslegung einer in dem bisherigen Rechte schon enthaltenen, nur von der Rechtsprechung nicht so ausgelegten Gesetzesvorschrift, sondern eine Abänderung des bisherigen Rechts. . . . Die Vorschrift des § 545a ist daher auf Unfälle, die sich vor dem 17. Juli 1925 ereignet haben, nicht anwendbar. . . .“ ck.

### Literarisches.

**„Soziale Bauwirtschaft.“** Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 S. Die Nummer 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ behandelt an leitender Stelle die Tätigkeit der Poliere in den sozialen Baubetrieben, ihre Herkunft, ihre Aufgaben, ihr Verhältnis zu den Arbeitern und den Streit um die Organisationsfrage. Ein zweiter Artikel enthält das Ergebnis einer Umfrage des Verbandes sozialer Baubetriebe über die Hilfe der Poliere bei Einführung einer wirtschaftlichen Betriebsführung in den sozialen Baubetrieben. Auch der übrige Inhalt der Zeitschrift ist wieder recht interessant. Bestellungen sind an den Verlag: Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S. 14, Inselstraße 6, zu richten.

Das soeben erschienene Augustheft der „Büchervorte“ bringt einen umfangreichen Artikel von Simon Katzenstein „Die deutsche Genossenschaftsbewegung“, in dem das Wesen und Werden der deutschen Genossenschaften sowie die verschiedenen Strömungen auf diesem Gebiet behandelt werden.

Das selbe Ziel der Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und der Zurückführung auf die geschichtlichen Quellen verfolgt der Aufsatz von Franz Klübs „Sozialistische Führer“ in dem als Beilage zur „Büchervorte“ mit herausgegebenen Augustheft der „Arbeiterbildung“. Namentlich die jüngeren Genossen werden viel aus diesem Artikel lernen. Neben den genannten Aufsätzen enthalten „Büchervorte“ und „Arbeiterbildung“ noch eine Reihe aktueller Artikel, die dem in der praktischen Arbeit stehenden Genossen wertvolle Fingerzeige geben. Die „Büchervorte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 S. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Juli- und Augustheft 1926. Verlag: Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena, St.-Jakob-Str. 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. — Beide Hefte bringen wieder eine Anzahl überaus interessanter Aufsätze aus der Feder von in der Gewerkschaftsbewegung bestbekannteren Autoren.

**Wirtschafts-Informations-Dienst.** Schriftleitung Kurt Heinig, Berlin. Juliheft 1926. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 M. — Im Juliheft wird verfaßt, durch einen „zweiten Blick“ in das Getriebe des Bilanzwesens unserer Privatwirtschaft einzudringen. Betriebsräte, die diese belehrenden Hefte noch nicht beziehen, sollten sich vom Verlag eine Probenummer zur Einsicht vorlegen lassen.

**Die Bedeutung kolonialer Eigenproduktion für die deutsche Volkswirtschaft.** Von Dr. Barnack. Verlag: Kolonialwirtschaftliches Komitee, G. V., Berlin. 147 Seiten. Der Verfasser behandelt: Aufbau und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Kolonialreichs. Die Wegnahme der deutschen Kolonien und ihre Verteilung. Die Kolonialfrage als Wirtschaftsprage. Die wichtigsten Rohstoffe und ihre Quellen. Die deutschen Kolonien unter dem Mandatsystem. In seinen Schlussfolgerungen stellt der Verfasser die Forderung auf: Aufhebung einer auf falscher Begründung aufgebauten Regelung — freie Bahn der Wiederaufnahme kolonialwirtschaftlicher Betätigung für Deutschland.

### Veranstaltungsanzeiger.

**Montag, den 30. August:**

**Anklam:** Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“. — **Dortmund:** Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im Verbandsbureau.

**Mittwoch, den 1. September:**

**Essen, Bezirk Bottrop:** Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — **Guben:** Nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lange Straße. — **Naugard i. Pomern:** Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Habrecht. — **Weiskensfeld:** Gleich nach Feierabend im „Pfeilschneider Krug“.

**Freitag, den 3. September:**

**Acherleben:** Nach Feierabend bei Albert Fricke. — **Sufum:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Süderstraße. **Neustadt a. d. Orla:** Abends 5 Uhr im „Eisteller“. — **Erler:** Abends 5½ Uhr bei Meyer, Am Hauptmarkt. — **Velbert:** Gleich nach Feierabend bei Reimhaus, „Schützenhaus“. — **Wiesdorf:** Abends 7½ Uhr bei Lorini, Schließbergstraße. — **Wittenberge:** Abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“, Turmstraße.

**Sonnabend, den 4. September:**

**Braunschweig:** Abends 7½ Uhr in „Stadt Helmstedt“, Schöppenteder Straße. — **Deffau:** Gleich nach Feierabend im „Livolli“. — **Dortmund, Bezirk Mengede:** Abends 7 Uhr bei Wiemann, Annenstraße. — **Dortmund, Bezirk Lütgendortmund:** Abends 7 Uhr im „Bürgerhaus“, Poststraße. — **Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Essener und Overwegstraße. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr bei Aug. Brindmann, Krümmen Zimpen 36. — **Oranienburg:** Bei Ratloff, Bernauer Straße 5. — **Schweinfurt:** Gleich nach Feierabend bei Vogt, Krumme Gasse. — **Witten i. W.:** Abends 7 Uhr bei Röhmeier, Ardystraße.

**Sonntag, den 5. September:**

**Bonn:** Vormittags 10 Uhr im „Salzrumpchen“, Hundsgasse. — **Cüstrin:** Nachmittags bei Dill, Plantagenstraße. — **Dtsch.-Krone:** Nachmittags 2 Uhr bei Gräber, Trift. — **Eisleben:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — **Gelsenkirchen, Bezirk Weiterholt:** Vormittags 10 Uhr bei Rottmann, Industriestraße. — **Jarmen:** In der Herberge. — **Lüben-scheid:** Vormittags 10 Uhr bei Rölle, Hochstraße. — **Neu-berg:** Vormittags 10 Uhr bei Wirtz, Marktstraße. — **Pinne-scheid:** Nachmittags 3½ Uhr bei Tiede, Herberge. — **Rem-scheid:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — **Swinemünde:** Nachmittags 3 Uhr bei Tant. — **Würzburg:** Vormittags 10 Uhr in der „Stadt Mainz“.

### Anzeigen.

## Zimmerer Bruno Rauch

sende Deine Adresse an Deinen Bruder **Heinrich Rauch**, Dresden-A., Schützenplatz 2, bei Rietschel. [3 M.]

**Achtung!** Der Zimmerer **Hans Stein**, geboren in Hamburg (Buch-Nr. 427 821), hat seinem Reisetameraden, dem Zimmerer **Max Nauke**, geboren am 6. März 1908 zu Müldersdorf b. Berlin, mit dem er zusammen in Köln im Krankenhaus lag, das Verbandsbuch gestohlen und ist damit abgereift. Kameraden, die mit ihm zusammen-treffen, werden ersucht, ihm das Buch abzunehmen und es an die **Zahlstelle Köln, Severinstraße 199**, zu senden. [6,75 M.] **Der Vorstand.**